

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD**Verbesserung der Lebensmittelsicherheit**

Die EU-Kommission hat vor dem europäischen Parlament rasche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit angekündigt. Die Behörde von EU-Präsident Prodi hat ein „Weißbuch“ vorgelegt mit einem Aktionsplan für die nächsten drei Jahre.

Außerdem ist geplant, eine Agentur für Lebensmittelsicherheit einzurichten sowie eine grundlegende Überarbeitung der Lebensmittelgesetzgebung bis Ende 2000 vorzunehmen.

Wir fragen deshalb den Senat:

1. Welche inhaltlichen Festlegungen im „Weißbuch“ sind für Bremen und Bremerhaven von besonderer Bedeutung?
2. Welche Maßnahmen sind mit dem Aktionsplan verbunden?
3. Welche Auswirkungen bzw. Änderungen ergeben sich daraus für Bremen und Bremerhaven?
4. Wie bewertet der Senat eine Agentur für Lebensmittelsicherheit, und welche Kenntnisse liegen in Hinsicht auf Rechtsbefugnisse, Ausstattung, Standort vor, und inwieweit ist der Senat in die vorgesehenen Maßnahmen mit eingebunden?
5. Der Senat hat am 5. Oktober 1999 beschlossen, dass der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ein neues Konzept für die Lebensmittelüberwachung erarbeitet, um trotz der notwendigen Sparmaßnahmen die Lebensmittelsicherheit in Bremen auf dem bestehenden Niveau zu gewährleisten. Liegt das neue Konzept vor, und wenn ja, wie sieht dieses Konzept aus? Sind die vorgesehenen Änderungen der EU in dem Konzept berücksichtigt?
6. Inwieweit stellt der Senat sicher, dass in Zusammenhang mit der BSE-Problematik bei der Lockerung des Einfuhrverbotes für britisches Rindfleisch die geplante Kennzeichnung des Rindfleisches und aller damit hergestellten Produkte bis zum Endverbrauch kontrolliert wird?
7. Liegen dem Senat Erkenntnisse vor, ob in Bremen britisches Rindfleisch verarbeitet wird oder Erzeugnisse daraus vermarktet werden? Wenn ja, werden alle Kennzeichnungsvorschriften entsprechend der geltenden Rechtslage eingehalten?
8. Hält der Senat die Einführung eines Untersuchungstests auf BSE an den Schlachthöfen im Land Bremen zur Förderung des Verbraucherschutzes für sinnvoll? Wird er ggf. Maßnahmen ergreifen, einen solchen Test für hiesige Schlachthöfe verpflichtend einzuführen?

Karin Tuczek,
Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU

Waltraud Hammerström,
Böhrnsen und Fraktion der SPD